

Recht auf Teilhabe

Wir brauchen mehr Demokratie, nicht weniger, um die Herausforderungen lösen zu können, denen wir uns gegenübersehen: In ihrem Eröffnungsreferat nahm die Politikwissenschaftlerin und Sozialexpertin Margit Appel aktuelle demokratiepolitische Herausforderungen und Orte der aktiven Mitgestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens in den Blick.

Langfassung/nicht redigierte Mitschrift der Keynote

Das Gefühl trügt, wir hätten schon alles erreicht, was im Versprechen der Demokratie steckt – das haben wir nicht. Die Demokratie, wie wir sie jetzt in der 2. Republik haben, wurde in einem mühsamen Ringen nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus und der 1. Republik geschaffen. Soziale Ungleichheiten, die damals prägend waren für das gesellschaftliche System: Geschlechterhierarchien, Unterschiede zwischen reich und arm, u.a. bestehen weiter.

Es lohnt sich gar nicht zu sagen: Wir müssen in die Zeit der 1950er, 60er Jahre zurück, weil wir wichtige politische Leitlinien verloren haben. Es ist besser, miteinander nachzudenken: Wie können wir immer noch vorankommen in diesem Auftrag, Demokratie als die von uns gewählte Regierungsform zu verbessern.

Wir brauchen mehr Demokratie, um die Herausforderungen lösen zu können, denen wir uns gegenübersehen. Unsere heutige Gesellschaft ist von Krisen gekennzeichnet. Wenn wir glauben, wir könnten diese besser lösen, indem wir uns in Richtung einer autoritäreren Regierungsform begeben, dann ist das, glaube ich, ein großer Irrtum; es braucht eine Vertiefung und eine Ausweitung von Demokratie.

Demokratie muss immer wieder gelernt werden, das ist ein berühmtes Wort des deutschen Soziologen Oskar Negt. Das ist auch die Frage an uns alle: Sind wir aufmerksam genug für die Tatsache, dass Demokratie immer wieder unsere Sorge braucht; ohne die Sorge der Bürgerinnen und Bürger geht der Demokratie die Luft aus, besteht die Gefahr, dass wir uns in eine problematische Richtung entwickeln.

Ich bin immer wieder erstaunt, wie Menschen zurückzucken, wenn sie das Wort Gleichheit hören und die Forderung, dass Demokratie ein Versprechen gleicher Lebensbedingungen für alle sein soll. Das „Fremdeln“ damit hat wohl damit zu tun, dass man Gleichheit mit Uniformität verwechselt, dass darunter ein Einebnen der Vielfalt verstanden wird, der bereichernden Unterschiede in unserer Gesellschaft. Vielfalt ist auch wichtig, und dennoch gibt es, wenn es um Demokratie geht, diesen Wert der Gleichheit, das ist ein politischer Wert: Es gibt das Recht auf Teilhabe an der Gestaltung der Lebensbedingungen, die mich betreffen. Wenn wir das verfehlen, dass alle, die in einem Gemeinwesen leben, sich an den Dingen, die ihre Lebensverhältnisse betreffen, beteiligen, dann gerät der Anspruch der Demokratie sowohl als Lebensform als auch als politische Organisationsform ins Rutschen. Und dann gerät Demokratie zu einem verfehlten Versprechen. Dann geht das Gefühl verloren, dass man überhaupt in einer Demokratie lebt. Die Folge: große Unzufriedenheit über die politischen

Verhältnisse im Land, Vertrauensverlust ins politische System und in zentrale Institutionen des Rechtsstaates, Stimmung der Verachtung gegenüber politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten, es wird dann auch im Alltag voll Verachtung über sie gesprochen, sie sind die Letzten, mit denen man die sprichwörtlichen Pferde stehlen gehen würde. Das ist ein Phänomen, das wir in Europa aus allen westlichen Demokratien kennen. Stichwort Politikverdrossenheit, die Beobachtung, dass es eine immer höhere Anzahl von Menschen gibt, die sich vorstellen können, in einem autoritäreren System zu leben und die nichts dabei finden würden bzw. sogar Vorteile darin erkennen können.

Um dies mit einigen Gedanken von Stefan Lessenich zu verdeutlichen, der ein geniales Buch herausgebracht hat über die Grenzen der Demokratie. Er sagt, die Demokratie ist von Anfang an so etwas wie ein großes „Schließungsspiel“; es ist nicht so, dass wir es geschafft hätten zB in Österreich in der 2. Republik das oben beschriebene Recht auf politische Gleichheit durchzusetzen, gut darauf zu schauen, dass auch alle wirklich mitbestimmen können über das, was ihre Lebensverhältnisse bestimmt, sondern dass die Demokratie wie die Gesellschaft überhaupt von bestimmten Machtverhältnissen gekennzeichnet ist, dass es um einen Kampf um die Berechtigung geht, an den politischen Prozessen auch teilnehmen zu können. Das hängt auch damit zusammen, dass wir erst auf dem Weg sind, die „Schönheit der Gleichheit“ – um mit Bundespräsident Van der Bellen zu sprechen – zu begreifen. Lessenich skizziert vier Achsen, auf denen diese Berechtigungskämpfe stattfinden:

- Die erste Achse: Oben gegen Unten, Besitzende gegen Nichtbesitzende, Unterschiede zwischen sehr Vermögenden und solchen, die wenig haben. Die Reichen und Einflussreichen sehen schnell, wo es möglich ist, pol Entwicklungen mitzubestimmen oder unliebsame Entwicklungen zu stoppen. Die US-amerikanische Theoretikerin Nancy Fraser sagt zu dieser Frage, dass die Kapitalinteressen den Staat disziplinieren, das ist eine riesengroße Herausforderung für die Demokratie, weil alle anderen Gruppen viel weniger Einfluss haben als die Superreichen, ihre Interessen durchzusetzen
- Die zweite Achse: „Hinz gegen Kunz“, jeder gegen jeden; das ist der Kampf zwischen den Beherrschten um die Berechtigung zur Teilhabe. Wir befinden uns in einer Konkurrenzgesellschaft; wir alle konkurrieren um Status und Einfluss, um einen Platz in der Gesellschaft und um Anerkennung – es ist uns schon wichtig, dass wir auf jemanden herabschauen können, dass wir es ein bisschen besser geschafft haben als andere Gruppen, und wir zögern, diese anderen hereinzulassen und sie an den Vollzügen und Dynamiken der Demokratie teilhaben zu lassen.
- Die dritte Achse: Innen gegen außen, StaatsbürgerInnen gegen Nicht-StaatsbürgerInnen. Wir befinden uns immer noch im Modus der Nationalgesellschaft, nicht der Weltgesellschaft und es geht um eine Praxis der Exklusion. Diese ist offensichtlich in der Weigerung, bestimmte Menschen und Gruppen mit dem Wahlrecht auszustatten, wodurch sie des Rechts beraubt werden mitzureden über Angelegenheiten, die sie ganz massiv betreffen.
- Die letzte Achse: Alle gegen Eine. So sehr wir im Hinblick auf die ersten drei Achsen gespalten sind, so sehr eint uns alle die Tatsache, dass wir uns auf folgendes verständigt haben: Wir alle hätten das gleiche Recht, die Natur zu entrechteten. Unsere

Demokratie ist eng verbunden mit einer Wohlstandserzeugung auf der Basis der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, wir sind eine Petro-Gesellschaft, die Gier nach fossilen Brenn- und Rohstoffen, die unseren Wohlstand erzeugen und erhalten sollen, ist tief in uns drinnen, davon wollen wir nicht lassen. Wir pflegen eine Praxis der Destruktion, bei der wir das zerstören, wovon wir leben, den Ast absägen, auf dem wir sitzen. Und gleichzeitig ist es etwas, was unsere Gesellschaft und unsere Demokratie zusammenhält, weil wir uns darauf verständigt haben, die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen nicht (zu) kritisch zu sehen, weil wir alle glauben, dass dies unser in alle Ewigkeit verlängerbares Recht ist.

Fazit: Wir müssen uns darauf konzentrieren besser zu werden darin, das große Schließungsspiel aufzubrechen.

Herausgefordert sind wir dabei von den Auswirkungen eines gesellschaftlichen Wandels, der, in der Analyse von Andreas Reckwitz, geprägt ist von drei Faktoren:

- Die Post-Industrialisierung der Ökonomie, also die Entwicklung hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft – ein Strukturwandel, der zu einer deutlichen Polarisierung im Bereich der Erwerbsarbeit führt: Die einen haben bessere Möglichkeiten als früher, die „lovely jobs“ zu erreichen, den anderen bleiben die „lousy jobs“.
- Bildungsexplosion, Akademisierung: Es gibt einen immer größeren Anteil an akademisch Gebildeten. Früher war das eine recht kleine Elite, jetzt sind sie eine große Gruppe. Bildung hat aber nicht für alle einen Aufstiegseffekt.
- Kultureller Wertewandel: Es geht um eine Abkehr von Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu Selbsterhaltungswerten. Zum einen ist eine Liberalisierung der Werte festzustellen, wobei hier auch viel Wünschenswertes passiert ist, wenn wir etwa an die Entwicklung von Frauen- und Kinderrechten denken, an das gewachsene Verständnis dafür, dass es nicht gut ist, andere aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer sexuellen Orientierung zu diskriminieren. Aber insgesamt stellt uns der gegenwärtige Wertewandel vor große Herausforderungen.

Der Bau unserer Gesellschaft hat sich stark verändert. Wenn wir früher einen starken Mittelstand hatten so bietet sich heute das Bild einer neuen Unterklasse, die in doppelter Hinsicht unter Druck gerät: materiell und auch hinsichtlich ihrer Möglichkeiten gesellschaftlicher Einflussnahme. Diese Menschen sind von der Mitte an den Rand gedrängt worden. Und ich glaube, dass es berechtigt ist, dass viele Menschen an dieser Entwicklung leiden. Die sozialen und kulturellen Verhältnisse, unter denen sie leben, sind alles andere als ein „Ponyhof“, im Gegenteil, sie fordern die Menschen intensiv heraus. Mit Unverständnis wird reagiert: Wieso bin ich so an den Rand gedrängt? Meine Eltern waren doch noch viel besser abgesichert! Bin in die frühen 1980er Jahre war es viel klarer, wie man sich einen Platz in der Gesellschaft sichert, vieles gilt jetzt nicht mehr. Leistung, die früher ein ganz wichtiger Pflichtwert war, zählt nach wie vor; aber es sind heute andere Arten von Leistung, die gefordert werden als früher das tägliche Aufstehen und in die Fabrik Fahren ... und weil dieses Leid so deutlich ist, befinden wir uns jetzt in einer Situation wie aus dem Populismus-Handbuch. Wenn eine Situation eintritt, in der Menschen erleben, dass sowohl ihre ökonomische Basis als auch ihr sozialer und kultureller Ort bedroht sind, dann gewinnen Emotionen

an Bedeutung. Es gibt natürlich in jeder Gesellschaft Ängste um den sozialen Status, es gibt überall Kränkungserfahrungen, aber in dieser Konstellation: dass man sowohl ökonomisch als auch in seiner kulturellen Ausrichtung unter Druck gerät, dann schlagen Statusängste und Kränkungserfahrungen um in eine Anfälligkeit für populistische Mobilisierungsstrategien. In den Analysen zu den Wahlen der letzten Zeit wird immer wieder die Perspektive bemüht, dass es so einen deutlichen Unterschied gibt zwischen Stadt und Land, und auch das hat zu tun mit solchen Kränkungen, abgehängt zu sein, nicht zu zählen, kein Ort zu sein, an dem Zukunft möglich scheint.

Ich komme nun zum letzten Teil: Orte des sozialen Zusammenhalts als Kraftzentren der Demokratie.

Es gibt in unserer Gesellschaft eine Reihe von Orten, an denen Menschen nach wie vor in aller Vielfalt der Milieus zusammenkommen bzw. zusammenkommen müssen. Wir reden sehr viel davon, alle leben heute in ihrer Blase, niemand kommt mehr mit anderen zusammen, die andere Meinungen vertreten; das hat v.a. Relevanz im privaten Bereich, aber etwa am Arbeitsplatz kommt es doch immer noch zu einer Konfrontation ganz unterschiedlicher Milieus.

Der deutsche Soziologe Axel Honneth hat 2023 ein Buch vorgelegt, in dem er darauf aufmerksam macht: Wir haben Arbeitswelten, in denen Menschen sich sehr klein gemacht vorkommen, in denen sie den Eindruck haben, es ist nicht wichtig, was wir denken, man gibt sozusagen seine Selbstbestimmung ab, wenn man sich dem Broterwerb widmet – und wie, so fragt er, sollen solche Menschen dann autonom und frei als politischer Souverän agieren und einen wesentlichen Beitrag zur Demokratie leisten? In diesem Zusammenhang betont Honneth die Bedeutung der fairen Verteilung von Arbeit und von guten Arbeitsbedingungen, um so alle Beschäftigten mit dem Maß an Selbstvertrauen, Wissen und Ehrgefühl auszustatten, dass sie ohne Scham und Angst an der gesamtgesellschaftlichen Meinungsbildung teilnehmen können.

Es gibt zahlreiche Studien, die nachweisen, dass, wenn es Erfahrungen von Demokratie am Arbeitsplatz gibt, diese sehr wünschenswerte Wirkungen haben. Demokratische Organisationsstrukturen und ein wertschätzendes Betriebsklima stehen positiv mit pro-sozialen, moralischen, gemeinwesen-bezogenen Kompetenzen der Beschäftigten in Verbindung. Und auf diese Weise werden Beschäftigte auch ermutigt, in der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen und in den Betrieben sowieso.

Schule, Ausbildung – ein anderer solcher Kraftort der Demokratie, obwohl sie heute ein sehr umkämpftes Terrain bildet. Da kommen sehr viele Interessen zusammen, das hat mit der Bildungsexpansion zu tun, mit dem Wertewandel auch mit dem Stress in unserer Gesellschaft, die Kinder ja zu „beschäftigungsfähigen“ Menschen zu machen, die in erster Linie auf dem Arbeitsmarkt reüssieren und sich gegen andere durchsetzen können. Der Bildungswissenschaftler Robert Langer hat im Rahmen einer der letzten Armutskonferenzen die scharfe These aufgestellt: Die schulische Bildung wird von privilegierten Gruppen der Gesellschaft als Werkzeug benutzt, um ihre Privilegien und ihren Status vor den Zugriff aufstrebender Gruppen abzuschotten. Auch hier also das Thema von mehr Gleichheit, in dem Fall von Bildungschancen. Zu vermeiden ist eine Polarisierung zwischen jenen, die die begehrten Bildungsabschlüsse erreichen, und jenen, denen dies verwehrt bleibt. Es ist in der Tat oft unfassbar zu beobachten, wie Eltern mit dem Anspruch auftreten: das ist meine Schule,

und die Lehrkräfte seien dazu da, aus meinem Kind das Beste herauszuholen; und der Gedanke, dass es gesellschaftlich ein Geschenk wäre für das Zusammenleben und auch für die Aufrechterhaltung der Demokratie, wenn ich mich darum kümmere, dass das für alle Kinder eine gute Schule ist und nicht nur für das eigene, dieser Gedanke ist bei den meisten weit weg.

Gesundheitswesen, Pflege: Tatsache ist, dass „mächtige Menschen“ (sowohl materiell als auch sozial) es super schaffen, sich von Care-Arbeit freizuschaufeln und anderen zuzuschauen. Männer muten das Frauen zu, Vermögende solchen, die jeden Job annehmen müssen, Menschen, die sich einer höheren Klasse zugehörig fühlen, geben Care-Arbeit ab an Menschen, die sie für weniger wert halten, etwa rassistisch; das hört sich vielleicht fremd an, aber es gilt schon zu sehen, in welchem hohem Ausmaß migrantische Menschen für die Care-Arbeit zuständig sind. Vom Gerechtigkeitsstandpunkt her sollten wir in einer demokratischen Gesellschaft aber vorsichtig sein damit, Menschengruppen zu definieren, die wir für besonders geeignet halten für die Care-Arbeit. („Frauen haben das schon immer gerne getan, die sind so gestrickt, die tun das aus Liebe, das ist ihnen angeboren ...“) oder bei migrantischen Menschen („die kommen aus Kulturen, wo man mehr Respekt vor alten Menschen hat, wo man sehr kinderlieb ist“), d.h. wir „markieren“ Menschen mit all diesen Zuschreibungen und gleichzeitig hat diese Arbeit aber gesellschaftlich keinen allzu hohen Stellenwert, es ist „banausic work“ wie Joan Tronto das nennt, eine Arbeit, von der man den Eindruck hat, es kann sie eh jeder machen; jeder macht sie aber nicht, sondern nur bestimmte Gruppen. Wenn wir aber Menschen als solche „markieren“, die nur diese oder vor allem diese Arbeit machen können, haben wir ein demokratiepolitisches Problem, weil die politische Gleichheit wieder auf der Strecke bleibt.

Ämter, Sozialeinrichtungen: auch hier kommen Menschen unterschiedlicher Milieus zusammen, was könnte hier das demokratiepolitisches Problem sein? Die Wiener Soziologin Martina Zandonella sagt: Wenn man politische Gleichheit ernst nimmt, müssen die sozialen Rechte aller Menschen an die vorderste Front. Ungleichheit dominiert auch in Behörden und sozialen Einrichtungen. Es gibt immer mehr ehrenamtliche Formen der Armutslinderung: Tafeln, Notschlafstellen usw., aber anstatt, dass diese Orte und Behörden Erfahrungsorte wären, wo man sich selbst ernst genommen fühlt und befähigt wird zur sozialen Partizipation, sind das meist wieder Orte, wo Menschen Ohnmacht erfahren, Demütigung und Beschämung. Hanna Maria Eberle spricht von einer „Mitleidsökonomie“, die sich da etabliert habe, in der es nicht darum geht, die Menschen als politische Subjekte wahrzunehmen.

Zusammenfassend kann man sagen: Was hier präsentiert wurde, sind nicht gut funktionierende Orte des sozialen Zusammenhalts, die schon per se Kraftorte der Demokratie sind, sondern es handelt sich um Orte, die sich zu möglichen Kraftorten der Demokratie entwickeln könnten. Ich habe Ihnen Baustellen präsentiert. Schön wäre es, wenn es schon tatsächliche Kraftorte wären. Fest steht: sich für das Recht auf Mitbestimmung aller einzusetzen in einem politischen Gemeinwesen ist zeitgemäße und demokratieverstärkende Solidarität. Im Unterschied zu dem, was wir so gerne als Solidarität verstehen möchten, das Schauen, dass diejenigen, denen wir uns ohnehin sehr verbunden und sehr ähnlich fühlen, nicht unter die Räder kommen; das reicht nicht aus für den Bestand der Demokratie und ihre Weiterentwicklung. Sich gegen Vermögens- und Einkommensungleichheit einzusetzen, gegen Geschlechterdiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ökologiezerstörung – letztlich für mehr politische

Gleichheit -, das ist eine Aufgabe, die letztendlich die Demokratie demokratisiert und die ihre Vertiefung und Erweiterung gewährleistet.

Literatur:

- Fraser, Nancy (2023): Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt. Suhrkamp
- Honneth, Axel (2023): Der arbeitende Souverän. Eine normative Theorie der Arbeit. Suhrkamp
- Lessenich, Stephan (2019): Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Reclam
- Reckwitz, Andreas (2020): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Suhrkamp
- Tronto, Joan C. (2013): Caring Democracy. Markets, Equality, and Justice